

Merkel unbeeindruckt von Drohung amerikanischer Ratingagentur

Euro-Staaten unter verschärfter Beobachtung / Auch EFSF droht Verlust von „AAA“

ban./wmu. BERLIN/BRÜSSEL, 6. Dezember. Deutsche Politiker haben die Ankündigung der amerikanischen Ratingagentur Standard & Poor's kritisiert, die Bewertung nahezu des ganzen Euroraums gegebenenfalls herabzustufen. Vor allem Regierungsmitglieder vermieden aber eine offene Empörung. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte: „Was ein Ratingagentur macht, das ist in der Verantwortung der Ratingagentur. Wir werden am Donnerstag und Freitag die Entscheidungen treffen, die wir für die Eurozone für wichtig, für unabdingbar halten und damit einen Beitrag zur Stabilisierung der Eurozone leisten.“ Finanzminister Schäuble (CDU) teilte mit, der EU-Gipfel müsse nachhaltige und energische Entscheidungen treffen. Der FDP-Vorsitzende und

Bundeswirtschaftsminister Rösler kritisierte die Arbeitsweise der Agentur: „Deutschland lässt sich von einer tagesaktuellen und sehr kurzlebigen Beurteilung einer einzelnen Ratingagentur nicht beeindrucken.“ Der FDP-Fraktionsvorsitzende Brüderle sagte der Zeitung „Handelsblatt“: „Manchmal fällt es schwer, den Eindruck zu widerlegen, dass einige amerikanische Ratingagenturen und Fondsmanager gegen die Eurozone arbeiten.“

Am Montagabend hatte Standard & Poor's angekündigt, als Reaktion auf die anhaltende Währungskrise die Kreditwürdigkeit von 15 Staaten der Eurozone unter verschärfte Beobachtung zu stellen. Damit droht diesen Staaten eine Herabstufung, sechs Staaten – darunter auch

Deutschland – droht der Verlust der Bestnote „AAA“. Am Dienstag teilte die Ratingagentur dann mit, dass auch der europäische Rettungsfonds EFSF sein „AAA“-Rating zu verlieren drohe.

Der Chef der Euro-Gruppe, Juncker, nannte die Ankündigung „maßlos überzogen“. Die Euro-Staaten dürften sich vom Vorgehen der Agentur nicht verunsichern lassen: „Ich glaube, es wäre besser, wir würden die Ratings nicht so ernst nehmen wie die Agenturen ihre eigenen Ratings“, sagte er im Deutschlandfunk. Ähnlich wie Schäuble äußerte sich die EU-Kommission. Die beste Garantie gegen schlechtere Ratings seien bessere Haushaltsregeln, sagte der Sprecher von EU-Währungskommissar Rehn. *(Fortsetzung Seite 2; siehe Wirtschaft, Seite 11.)*